Nr. 21. Hierzu zwei Beilagen. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Stenzel in Hamburg.

Dienstag, den 26. Januar 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Bausstr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Kontrolliert die Bürgerschaftswählerlisten!

Oeffentliche Bürgerschaftswahl-Versammlungen

finden statt:

Für **Eppendorf** am Dienstag, den 26. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokale der Witwe Gebeke u. Sohn, „Colosseum“ (Eingang vom Garten). Ansprachen der sozialdemokratischen Kandidaten zur Bürgerschaftswahl: Aug. Bringmann (70. Bez.), H. Schraber (71. Bez.), P. Weinheber (72. Bez.). Danach freie Diskussion.

Für **Eimsbüttel** am Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr, im „Vereinslokal“, Fruchtallee 104 (Inh. L. Hallwachs). Nach den Ansprachen der sozialdemokratischen Kandidaten zur Bürgerschaftswahl: L. Jacobs (58./59. Bez.), A. Röske (60. Bez.). H. Lüth (61. Bez.), H. Koenen (62. Bez.), B. Grosse (63. Bez.) und H. Stubbe (64. Bez.) findet freie Diskussion für jedermann statt. — Für die Wähler Eimsbüttels, welche nicht die nötige Zeit haben, die Wählerlisten nachzusehen, sind folgende Herren bereit, die Listen einzusehen: W. Schulze, Stellingerweg 32a, O. Ganzlin, Sandweg 16, H. Zabel, Ecke Eimsbütteler Chaussee und Sophienallee, H. Stelzenmüller, Ecke Eppendorferweg und Marthastraße.

Für **Winterhude** am Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Th. Buchholz, „Zum Stadtpark“, Barmbeckerstraße. Vorstellung des sozialdemokratischen Kandidaten Emil Krause (Bez. 73/74).

Für **Nord-St. Pauli** am Mittwoch, 27. Januar, Abends 8½ Uhr, im Schlachter-Innungshaus in der Feldstraße. Ansprachen der sozialdemokratischen Kandidaten: Blume (54. Bez.), Hoffmann (55. Bez.), Fischer (56. Bez.) und Stengele (57. Bez.).

Für **Süd-St. Pauli** am Mittwoch, 27. Januar, Abends 8½ Uhr, im Hotel Norderney in der Talstraße. Ansprachen der sozialdemokratischen Kandidaten: Bérard (50. Bez.), Bartels (51. Bez.), Neumann (52. Bez.) und Ockelmann (53. Bez.).

Für **Harvestehude** und **Rotherbaum** am Donnerstag, 28. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokale der Wwe. Pingel am Mittelweg. Vorstellung der sozialdemokratischen Kandidaten Paul Hoffmann (65. Bez.), Louis Gruenwaldt (66. Bez.), Emil Krause (67. Bez.), Paul Weinheber (68. Bez.) und Gustav Stengele (69. Bez.).

Für **Barmbeck** am Freitag, 29. Januar, Abends 8½ Uhr, im großen Saale des Viktoriagartens. Ansprachen der sozialdemokratischen Kandidaten für die Bezirke 16, 17, 18, 19 und 20 (Bömelburg, Gruenwaldt, Schaumburg, Stubbe und Fischer). — Für diejenigen Wähler Barmbecks, welche keine Zeit haben, die Wählerlisten nachzusehen, sind folgende Herren bereit, die Listen einzusehen: Gastwirt August Michel, Hamburgerstraße 161, Gastwirt Fr. Isensee, Fuhlsbüttelerstraße 13, Gastwirt Rud. Ellerbrook, Hamburgerstraße, Ecke Humboldtstraße.

Für die **Neustadt** im Lokale des Herrn Vorwohle (früher Schwaff) in der Neustädterstraße am Freitag, 29. Januar, Abends 8½ Uhr. Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei: Birner (41. Bez.), Ehlers (42. Bez.), Stromberg (43. Bez.) Zaffke (44. Bez.), Huk (45. Bez.), Meyer (46. Bez.), Josephsohn (47. Bez.), Allmann (48. Bez.) und Wentker (49. Bez.) werden sich in dieser Versammlung vorstellen. — Für diejenigen Wähler des 41. und 42. Bezirks, welche keine Zeit haben, die Wählerlisten nachzusehen, ist Herr Gastwirt Durbahn, Teilfeld 21, bereit, die Listen einzusehen.

Für **Wohldorf-Ohlstedt** am Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Hotel „Zur Waldeslust“ (Inh.: H. Schwarz). Ansprache des sozialdemokratischen Kandidaten F. Oskar J. Niemeyer.

Für **Volksdorf** am Mittwoch, den 3. Februar, Abends 7 Uhr, im Lokale „Waldesruh“ (Inh.: Grund). Ansprache des sozialdemokratischen Kandidaten F. Oskar J. Niemeyer.

* * *

Die Gegner und die gegnerischen Kandidaten sind ausdrücklich zu allen Versammlungen eingeladen. Freie Aussprache wird ihnen zugesichert.

* * *

☞ Unsere Parteigenossen werden es für ihre Pflicht erachten, für einen regen Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. ☜

Manteuffel Vater und Sohn.

Wer kennt nicht jenes ergötzliche Gedicht des alten Uhland vom „Unstern, diesem guten Jungen“, der immer den richtigen Moment verpaßt hat und deshalb niemals zum Ziele gelangen konnte. Schon bei der Geburt kam Unstern zu spät, denn

„Alle Glücksstern' im Bunde
Hätten weichend ihm gelacht,
Wenn die Mutter eine Stunde
Früher ihn zur Welt gebracht!“

An diesen Unstern erinnern uns die „starken Männer“, welche zur Zeit die Regierung mit Vorwürfen überhäufen, daß sie den „richtigen Moment“ verpaßt habe, in welchem die Sozialdemokratie zu überwinden gewesen sei. Die beiden Meergreise Kardorff und Limburg-Stirum, deren Jeremiaden über die Sozialdemokraten bekanntlich von ihren eigenen Gesinnungsgenossen nicht tragisch genommen werden, haben zuerst ihr „Wehe, es wird zu spät!“ ertönen lassen. Nun aber ist ein ernsterer Mann gekommen, der Präsident des preußischen Herrenhauses, Herr von Manteuffel, und hat in dasselbe Horn gestoßen.

Herr von Manteuffel ist bekanntlich der Sohn des Staatsstreichministers von 1848 und es versteht sich von selbst, daß wenn auch nicht die staatsmännische Begabung, so doch die Weltanschauung des Vaters auf den Sohn übergegangen ist. Manteuffel der Vater fand allerdings einmal den „rechten Augenblick“, und zwar im Jahre 1848, als er die „konstituierende“ Versammlung aus Berlin vertrieb und die Stadt in Belagerungszustand erklärte. Es war damals nicht schwer zu erkennen, daß die Versammlung selbst die richtigen Momente verpaßt und ihre Zeit vergeudet hatte, während man gut wissen konnte, daß die Berliner Spießbürgerwehr für die Märzerrungenschaften ihr Blut nicht verspritzen werde. In der Tat wurde die Berliner Revolution von dem nichts weniger als genialen Wrangel ohne einen Tropfen Blut beendet und es kam die zehnjährige Periode der Manteuffelschen Reaktion, die heute noch ein Gegenstand der Entrüstung aller Menschen ist, von denen die Rechte des Volkes nicht als ein leerer Schall betrachtet werden. Manteuffels Werk ist untergegangen, wenn auch äußerliche Reste desselben, wie das preußische Herrenhaus und das Dreiklassenwahlsystem, noch vorhanden sind.

Manteuffel der Vater war Bismarcks Lehrmeister in der Staatskunst und Manteuffel der Sohn hat Bismarck als den Staatsmann gepriesen, der stets den rechten Augenblick zu finden gewußt habe. Nun, zum Losschlagen gegen Oesterreich und für die Emser Depesche hat Bismarck wohl die richtigen Momente gefunden. Gegen die Sozialdemokratie fand er den „richtigen Moment“ nicht, denn auch Manteuffel der Sohn wird nicht behaupten wollen, daß Bismarck die Sozialdemokratie besiegt habe.

Als 1878 die beiden Attentate gegen den alten Kaiser Wilhelm unternommen wurden, glaubte Bismarck den richtigen Moment gefunden zu haben, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie!“ telegraphierte er nach Berlin, bevor er über die Attentate und über die Attentäter und deren allenfallsige Motive hinreichend unterrichtet war. Mittels der Reptilienpresse ward eine rücksichtslose systematische Verleumdung der Sozialdemokratie betrieben und der größte Teil des deutschen Volkes gegen die damals noch kleine Partei so sehr aufgehetzt, daß es bei den Neuwahlen zum Reichstage gelang, eine Mehrheit für ein Sozialistengesetz durchzubringen. Fast zehn Jahre hatte Bismarck mit diesem Gesetze die Sozialdemokratie drangsaliert und umsonst provoziert, damit sie zum Aufstande schreiten sollte und er sie mit Waffengewalt niederwerfen könnte — die Bewegung gewann an Breite und Tiefe und 1884 waren schon zwei Dutzend sozialistische Abgeordnete in den Reichstag eingezogen. Da glaubte Bismarck wieder einen „richtigen Moment“ gefunden zu haben, und Manteuffel der Sohn hat dies als einen besonderen Beweis des politischen Scharfsinns Bismarcks gepriesen. In Frankreich war damals der Prahlhans und Paradeheld Boulanger aufgetreten und hatte die französischen und die deutschen Chauvinisten besonders reizbar gemacht. Da löste plötzlich Bismarck anläßlich des Militärgesetzes von 1886 den Reichstag auf und ließ in der Wahlbewegung das Kriegsgespenst erscheinen. Seine Agenten übertrieben den Kriegsschwindel ins Ungeheuerliche und brachten es richtig dahin, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes eine ernste Besorgnis vor einem französischen Angriff herrschte. Der böse Reichstag, hieß es, hat der Regierung nicht die Mittel zur Verteidigung des Vaterlandes an die Hand geben wollen; es muß also ein besserer gewählt werden. Und das betörte Volk ging auf den Leim und wählte die Hurramajorität, aus reaktionären Junkern und nationalliberalen Bourgeois bestehend, die alles mit „Hurra“ bewilligte, was die Regierung verlangte. Zugleich aber schraubte sie die Getreidezölle auf M. 5 hinauf und bewirkte jene Teuerung der Lebensmittel, der erst durch die Handelsverträge von 1892 etwas gesteuert werden konnte.

Aber drei Jahre darauf kamen die Neuwahlen und das Volk hatte inzwischen bemerkt, wie es geprellt worden war. Da brach denn die ganze Bismarcksche Herrlichkeit rettungslos zusammen. Die famose Hurramajorität war bei den Wahlen niedergeworfen und die Sozialdemokratie errang einen ungeheuren Erfolg. Das Sozialistengesetz hatte Zustände gezeitigt, die auch den „staatserhaltenden“ Parteien nachgerade zuwider wurden. Es fiel und mit ihr fiel sein Vater Bismarck.

Eine solche Politik nennt Manteuffel der Sohn „den rechten Augenblick erfassen“.

Mögen die „starken Männer“ es nur auch so machen. Eine kurze Zeit der Krisis und sie „fliegen“ wie Bismarck „flog“ auf Nimmerwiedersehen! Namentlich wenn ein „starker Mann“ kommen und den Zolltarif so einführen würde, wie ihn die Agrarier zugestutzt haben. Gegen den würde die allgemeine Volksstimmung sicherlich so stark reagieren, daß er mitsamt seinem Zolltarif weit schneller in den Orkus befördert würde, gerade wie Bismarck mit seinem Sozialistengesetz.

Wir ergötzen uns an den Wutausbrüchen dieser Reaktionäre, weil sie uns damit immer wieder von neuem den Beweis liefern, daß sie keine Ahnung von dem Wesen unserer Bewegung haben. Manteuffel der Vater konnte seinerzeit hoffen, mit einem verwegenen und brutalen Streich eine Demokratie hinwegzufegen, die durch eine Revolution plötzlich an die Oberfläche geschnellt worden war und in den wenigen Monaten ihrer Existenz keine Zeit gehabt hatte, sich zu befestigen.

Manteuffel der Sohn lebt in der naiven Hoffnung, man könne mit einem brutalen Streich eine Bewegung aus der Welt schaffen, die sich direkt aus den modernen Zuständen heraus entwickelt und seit mehr als dreißig Jahren im deutschen Volke Boden gewonnen, sich verbreitert und vertieft hat. Die Wurzeln dieser Bewegung liegen so tief, daß keine Reaktion sie mehr erreichen und ausroden kann. Sie wird nach dem historischen Gesetz sich in Wellenlinien fortsetzen, aber sie wird nicht stille stehen, bis sie ihr Ziel erreicht hat. Manteuffel der Vater hatte vielleicht Geschichtskenntnis genug, um dies begreifen zu können; Manteuffel der Sohn ist in der Geschichte nicht so gut beschlagen. Mit einem wohlgezielten Schwadronshieb à la Seydlitz will er den Sozialismus töten. Derartige Prahlereien erinnern an die berühmten Reden des Ritters Rodomont in Ariosts „Rasendem Roland“, an die Rodomontaden. Und der klassenbewußte Arbeiter, der sie liest, sagt still zu sich:

„Dor lach ick öwer!“

Von der Weltbühne.

Graf Bülow ist plötzlich konstitutionell geworden, merkwürdigerweise aber nicht im Reich, sondern in Preußen, im gelobten Lande der Junker. Man muß das gleich hinzufügen, um diesen merkwürdigen Konstitutionalismus zu verstehen. Graf Bülow, der gleichzeitig Chef der Reichsregierung und preußischer Ministerpräsident ist, hat Dutzende von Mehrheitsbeschlüssen des Reichstages, darunter sogar fast einstimmig beschlossene, wie den Diätenantrag, ohne viel Federlesen in den Papierkorb geworfen. Sein konstitutionelles Gewissen machte ihm da keine Sorge. Aber in Preußen, wo die Junker dominieren, da ist das anders. Die Herren trumpfen auf und wollen den Mittellandkanal nicht bewilligen. Und plötzlich entdeckt Graf Bülow, daß er als konstitutioneller Minister nicht gegen den Willen der — junkerlichen — Mehrheit regieren dürfe. Und so trat er den Rückzug an und erbittet vom Hause der edlen und erlauchten Herren nur noch den Sackkanal. Und das soll noch obendrein Konsequenz sein. Mit Recht bemerkt die Berliner „Volkszeitung“ dazu: „Es gehört die göttliche Unbefangenheit des preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers dazu, um von der Konsequenz einer Regierung zu sprechen, deren Zickzackkurs sprichwörtlich geworden ist. Von dieser vielgerühmten Konsequenz gab Graf Bülow eine besonders glänzende Probe, als er die elementaren Ereignisse, die zu den Hochwasserschutz-Vorlagen geführt haben, vorschob, um das Fallenlassen des Mittellandkanals durch die preußische Regierung zu bemänteln. Wir sind die letzten, die die Notwendigkeit der geplanten Stromkorrektionen bestreiten; aber dieses ängstliche Drehen und Wenden des Ministerpräsidenten um den entscheidenden Punkt, diese krampfhaften Versuche, durch Witzchen und Mätzchen vom Kern der Sache abzuschweifen, boten ein nicht weniger als erhebendes Schauspiel, das nach der kühlen und hochfahrenden Art, mit der der konservative Redner vor dem Grafen Bülow die Kanalangelegenheit behandelt hatte, doppelt peinlich wirkte. Graf Bülow glaubt zwar immer noch, daß ein leistungsfähiges Wasserstraßennetz im Interesse der Gesamtheit liegen würde; er hofft auf ein positives Ergebnis seiner „Kanalaktion“; er hat dunkle Gefühle über seinen Liberalismus. Diese Gefühle liegen allerdings so arg im Dunklen, daß noch niemand etwas von ihnen gemerkt hat. Alle diese Redensarten beseitigen aber nicht die Tatsache, daß die Regierung vor dem Agrariertum wieder einmal kapituliert hat, und die Hast, mit der Graf Bülow nach dem ihm vom Grafen Limburg-Stirum bereit gehaltenen Rettungsball der „Sammlung der staatserhaltenden Faktoren“ griff, beweist, in welcher Verlegenheit er sich befand, als er das Fallenlassen der großen Kanalvorlage zu „begründen“ hatte. Das schwarze Kartell aber wird in wenigen Monaten dem Glauben und Hoffen des Grafen Bülow ein jähes Ende bereiten. Wer noch diesen Ausgang der Kanalaffäre bezweifeln sollte, den wird die gestrige Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Bachem eines Besseren belehren; Herr Bachem hat die vom rheinischen Zentrumsorgan begonnene Kanal-Mießmacherei kräftiglich fortgesetzt.“

Herr Bachem tat aber noch etwas anderes. Er verriet das Sehnen des Zentrums nach der vollständigen Verpfaffung der Schule und sprach sich, ohne noch lange Einschränkungen zu machen, gegen das Reichstagswahlrecht aus, indem er die Möglichkeit des Mißbrauchs desselben betonte. Ein „Mißbrauch“ ist natürlich jede Ausübung des Wahlrechts, die nicht dem Zentrum zu gute kommt. Von der Ausdehnung der nachgerade in ihrem Fiasko berühmt gewordenen „Ostmarkenpolitik“ auf Oberschlesien, die Graf Bülow ankündigte, will das Zentrum dagegen nichts wissen. Es weiß, daß die „Germanisierungspolitik“ in Oberschlesien dieselben Früchte tragen wird, wie in Posen und Westpreußen. Das Zentrum hat aber schon heute Kummer genug mit den aufsässigen Polen. Graf Bülow tut also dem Zentrum keinen Gefallen, wenn er in Oberschlesien nach polnischem Muster eingreift. Das Zentrum ist nun zwar nicht in Preußen, aber doch im Reich „regierende Partei“. Graf Bülows junger Konstitutionalismus kann also in arges Gedränge geraten, wenn er in Preußen eine Politik gegen die Interessen des Zentrums treibt. Seine konstitutionellen Konsequenzen sind aber total falsch. Wenn er nicht gegen den Willen der Mehrheit regieren will, aber die Ueberzeugung hat, daß etwas, was die Mehrheit verweigert, gut und notwendig ist, so hat er — seines Weges zu gehen und der Mehrheit die Verantwortung zu überlassen. So ist es in wirklich konstitutionellen Ländern. Im Lande des Scheinkonstitutionalismus aber wird den volksfreundlichen Parteien gegenüber der „starke Mann“ markiert, den Junkern gegenüber zu Kreuze gekrochen.

Ein gründliches Aufräumen mit der Sozialdemokratie hat der Vizepräsident des preußischen Herrenhauses, Freiherr v. Manteuffel, in einer im konservativen Volksverein des Kreises Niederbarnim gehaltenen Rede gefordert. Die an anderer Stelle unseres Blattes kritisierten Auslassungen sind wert, im Wortlaut vermerkt zu werden. Er bezeichnete die Dezemberrede des Grafen Bülow gegen die Sozialdemokratie als beneidenswert und bewundernswert. Ein Reichskanzler, der diese Rede zu halten im stande sei, der mit solcher Schärfe dem Gegner an die Kehle gehe und ihn so außerordentlich niederwürge, der habe immerhin eine große Leistung vollbracht und man dürfe sagen, man kann diesen Kanzler beneiden, bewundern. Aber die Sozialdemokratie habe er nicht besiegt. Die Sozialdemokratie werde man nicht mit Reden besiegen. Die Tat in Crimmitschau sei viel wirksamer und vernichtender für die Sozialdemokratie als der Unfug in Dresden und die „herrliche“ Rede des Grafen Bülow. Es komme darauf an, daß die Staatsmänner den rechten Seydlitzschen Schlag finden und von Worten zu Taten übergehen. Dann sagte er weiter:

„In dem bevorstehenden Kampfe gegen die Sozialdemokratie muß die Regierung eigentlich die Führung übernehmen. Versagt sie da, so müssen wir sie fortreißen dazu. Wenn man an die Zustände vor Jahresfrist denkt, so waren es doch schwere Fehler, die die verbündeten Regierungen gemacht haben. Ueber die wilde Obstruktion im Dezember 1902 herrschte nur eine Stimme der Erbitterung. Hätte damals die Regierung den Reichstag aufgelöst und an das Volk appelliert, so wären die Zwistigkeiten unter den bürgerlichen Parteien nicht erst wieder ausgebrochen und es wäre nicht daran zu denken gewesen, daß nach diesen scheußlichen Szenen im Reichstage über 80 Sozialdemokraten zurückgekommen wären. Hier haben uns die verbündeten Regierungen im Stiche gelassen! Ich habe das auch maßgebenden Persönlichkeiten gegenüber ausgesprochen. Aber man hat mir erwidert, daß die Zeit zu energischen Maßregeln noch nicht gekommen sei und daß das Ergebnis der Wahl doch zweifelhaft wäre. Ich sagte darauf: Es gehört eben ein feiner politischer Sinn dazu, das zu wissen, was wir bei Bismarck so sehr bewunderten. Als 1886 die Armeevorlage gefallen war, löste Bismarck auf und wartete nicht erst die dritte Lesung ab, etwa in der Hoffnung, daß die Gegner vielleicht doch noch umfallen würden. Es kam der Septennatsreichstag mit einer so gesinnungstüchtigen Mehrheit, wie wir sie nie wieder hatten und schwer auch wieder bekommen werden. Wir müssen wünschen, daß man auch so handelt, daß nicht wieder ein großer Moment verpaßt wird. In der ersten Sitzung des Herrenhauses hielt Graf Bülow eine äußerst bemerkenswerte Rede, ebenso kurz wie treffend und schlagend: In Preußen der König allezeit voran, in Deutschland Preußen voran und in der Welt Deutschland allezeit voran. Dieses Wort wird jeder von uns unterschreiben. Wir wünschen, daß dieses Wort geprägt werde auch für unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie. In diesem Kampfe der König voran, Preußen wird ihm folgen und mit Preußen Deutschland, und dann werden auch im übrigen Europa die Staaten folgen und man wird ein gründliches Aufräumen mit der Sozialdemokratie vornehmen.“

Wir verweisen zur näheren Würdigung dieser „Tat“ auf die Ausführungen in unserem heutigen Leitartikel. Es sei nur noch bemerkt, daß der edle Herrenhäusler vergessen zu sagen hat, worin denn die „Taten“ bestehen sollen, mit denen der Sozialdemokratie der Garaus gemacht werden soll. Die Reichstagsauflösung allein tuts ja nicht. Will der Herr etwa einen Staatsstreich zur Abwürgung des allgemeinen gleichen Wahlrechts? Glaubt er, damit die Sozialdemokratie aus der Welt schaffen zu können? Sie würde leben nach wie vor, wie sie leben wird, so lange die kapitalistische Wirtschaft mit all ihrem Elend und ihrer Ungerechtigkeit besteht.

Gegen die bürgerlichen Sozialpolitiker lassen die „Hambg. Nachr.“ einen neuen Wutenguß vom Stapel, indem sie besonders Herrn Kulemann wegen eines in der „Nationalztg.“ veröffentlichten Artikes aufs Korn nehmen. Es heißt da in der lieblichen Tonart des ehemaligen Bismarckblattes:

„Herr Kulemann ist als Politiker nicht tanti, uns zu einer Erwiderung auf seine Ausführungen zu veranlassen. Im übrigen bleiben wir dabei, daß es ein Verrat an der Sache des Bürgertums ist, wenn ein Angehöriger desselben unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit tatsächlich die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt. Unserer Ansicht nach brauchen die Arbeiter und ihre Interessen keine Verteidiger aus dem bürgerlichen Lager; sie sind sowohl in der Presse wie im Parlament stärker vertreten, als ihnen zukommt und der Allgemeinheit nützlich ist. Dagegen bedarf das bedrängte und bedrohte Bürgertum aller Kräfte der einigen zum Widerstand gegen die immer mehr anschwellende sozialistische Hochflut, zumal bei der Passivität der Regierung, und es ist mithin Verrat am Bürgertum, wenn sich in seinen Reihen Leute finden, welche die Sache der Arbeiter zu der ihrigen machen und der Sozialdemokratie dadurch die Wege zur Niederwerfung des Bürgertums ebnen. Solche Leute stehen allerdings den Begünstigern des Feindes in Kriegszeiten und den Ueberläufern annähernd gleich. Man braucht sie deswegen noch nicht „aufzuhängen“, wie Herr Kulemann ironisch vorschlägt, aber wir bekennen offen, daß es uns als kein so großes Unglück erscheinen würde, wenn — um weiter mit Herrn Kulemann zu reden — alle die Kathedersozialisten, sowie die Herren v. Berlepsch, v. Rottenburg, Bassermann usw. veranlaßt würden, ihre sozialpolitische Tätigkeit einzustellen. Nutzen haben wir davon noch nicht gehabt, wohl aber schweren Schaden.“

Nach den „Hambg. Nachr.“ ist nur eine Methode zur Bekämpfung der Sozialdemokratie berechtigt: Immer drauf mit Feuer und Schwert! An den Schönheiten des Kapitalismus darf beileibe nicht die leiseste Kritik geübt werden. Das kann er nämlich nicht vertragen und alle solche Kritiken kommen schließlich der Sozialdemokratie zu gute. Das arme, „bedrängte und bedrohte Bürgertum“ ist wirklich schlimm daran, daß seine „beste der Welten“ so wenig vertragen kann und solche Leute, wie sie in den „Hamb. Nachr.“ ihr politisches Unwesen treiben, zu seiner „Verteidigung“ braucht.

Die militärische Kritik. Ueber die angeblich kürzlich ergangene Kabinetsordre, durch die in ungewöhnlich scharfen Ausdrücken die Mißbilligung über die an militärischen Einrichtungen geübte Kritik von Offizieren a. D. ausgesprochen und ihnen eine künftige Tätigkeit in diesem Sinne verboten worden sein soll, urteilt ein offenbar militärischer, aber ungenannter Verfasser im „Berliner Tageblatt“ folgendermaßen:

„Es scheint fast, als wenn man jedes offene Besprechen wirklicher oder vermeintlicher Mißstände hinfort als großen Mangel an Taktgefühl, an Charakter und an Vornehmheit betrachten und danach sein Vorgehen einrichten würde. Sonach müßte jeder verabschiedete Offizier, der im Besitz der Uniform sei und dennoch seine Ansicht über Organisation, Bewaffnung, innere Zustände in einem der Heeresverwaltung mißliebigen Sinne öffentlich zu vertreten wage, sich auf seine Brandmarkung durch Entziehung des Rechtes auf die Uniform gefaßt machen.

„Es kommt uns nicht unwahrscheinlich vor, daß eine Kabinettsordre, die auf ähnliche Aussichten schließen läßt, in der Tat ergangen sein könnte, wie wir denn auch hören, daß der offiziösen Ableugnung zum Trotz den Forbacher Richtern wegen der Nichtausschließung der Oeffentlichkeit im Bilse-Prozeß allerdings ein harter Tadel zu teil geworden sei. Eine Interpellation im Reichstage würde über beide Punkte ja wohl die Klarheit verschaffen, auf welche das deutsche Volk ein unbedingtes Anrecht hat. Erscheint nach der einen Nachricht die Unabhängigkeit der Militärgerichte auf das Aeußerste bedroht, so würde die andere Ordre, sofern die von uns angedeuteten Folgen aus ihr wirklich gezogen würden, eine Verkürzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte einer ganzen Klasse von Staatsbürgern gegenüber bedeuten.“

Sonderbare Phantasien bringt der „Hann. Cour.“ über den Ausgang des Kampfes in Crimmitschau. Er schreibt:

„In den allgemeinen Betrachtungen über den Ausgang des sozialen Klassenkampfes in Crimmitschau ist bisher ein bedeutsames Moment wohl nicht ausreichend genug gewürdigt worden. Von mindestens ebenso großer Bedeutung, wie der Sieg der Unternehmer über die Arbeiter, ist der Sieg, den die Gewerkschaftsbewegung über die in der Sozialdemokratie organisierte politische Partei errungen hat. Die Kommentare der politischen Preßorgane der Sozialdemokratie zu der Beendigung des Streiks lassen unzweifelhaft erkennen, daß die sozialdemokratische Parteileitung durch den plötzlichen Abbruch des Kampfes sehr unliebsam überrascht worden ist. Wenn es nach dem Wunsche der sozialdemokratischen Scharfmacher gegangen wäre, so sollte in Crimmitschau der Kampf bis zur völligen Erschöpfung beider Teile geführt werden, unbekümmert darum, ob die Crimmitschauer Industrie dadurch vielleicht für alle Zeiten lahmgelegt worden wäre. In dem kritischen Stadium entschlossen sich die Führer der Gewerkschaftsbewegung, diesem für beide Teile verhängnisvollen Ausgang des Kampfes mit Aufgebot aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel entgegenzuwirken. Der Abg. Legien verhandelte selbst an Ort und Stelle mit den Streikenden, und es gelang ihm auch, wie der von ihm im „Vorwärts“ über diese Verhandlungen veröffentlichte Bericht des näheren darlegt, die Streikenden binnen wenigen Tagen davon zu überzeugen, daß sie mit einer Fortsetzung des Kampfes ihre gesamte zukünftige Existenz in Crimmitschau auf das Spiel setzten. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich hier also in der Tat im Gegensatz zu der ausschließlich die Klassengegensätze aufstachelnden politischen Agitation der Sozialdemokratie als die einsichtigere und für die Arbeiter weitaus ersprießlicher wirkende Vertretung ihrer Interessen erwiesen.“

Man fragt sich ganz unwillkürlich: Ist es möglich,